

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 37

Erscheint wöchentlich 10 Pf. Nur Postbezug.  
Bestellung bei allen Postanstalten.

Berlin, den 14. September 1924

Verlagsstelle: Berlin G. 2, Drellestr. 8/9 IV.  
Fernruf: Merkur 8529.  
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

40. Jahrgang

## Die 9. Tagung unseres Verbandsbeirates

die am 6. und 7. September in Berlin stattfand, war wiederum als eine Tagung von besonderer Wichtigkeit anzusehen, denn es galt diesmal zu rufen und den Verband schlagkräftig zu machen gegenüber den Kämpfen, die der Arbeiterschaft jetzt bevorstehen aus Anlaß der Kostenverteilung aus dem Londoner Abkommen und auch aus den nunmehr bekantenen anderen Gründen. Der Verbandsbeirat war von der Notwendigkeit einer durchgreifenden Agitation unter unseren Berufsangehörigen voll überzeugt. Als ein erstes Mittel, diese Agitation zu stützen, wurde die kostenfreie Lieferung der „Buchbinder-Zeitung“ an alle Mitglieder einmütig anerkannt. Bedinglich der Zeitpunkt, von dem ab kostenfreie Lieferung erfolgen könne, war etwas umstritten. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, ab 1. Oktober die Verbandszeitung allen Mitgliedern kostenfrei zugänglich zu machen. Der Postbezug hat also mit Ende September auszuführen und jede Gau- und Ortsverwaltung hat rechtzeitig anzugeben, wieviele Zeitungen ab Nr. 40 benötigt werden.

Harte Redekämpfe gab es beim Punkt „Beiträge und Unterstüßungen“. Auch hierin war der Beirat einmütig der Auffassung, daß unser Verband viel rascher materiell geträgt werden müsse, als das nach dem jetzigen Stande der Beiträge möglich sei. Volkliche Uebereinstimmung bestand im Beirat auch darüber, daß mit einem ernstlichen Appell an alle Mitglieder herangezogen werden müsse, um sie zu größerer Opferfreudigkeit zu bringen angesichts der Tatsache, daß die Opfer, die für die Organisation gebracht werden, der Sicherung der eigenen Existenz dienen. Die Höhe der zu erhebenden Verbandsbeiträge und der Zeitpunkt ihrer Einführung waren die Objekte des Redekampfes, der, wie zugegeben werden kann, mit seltener Hartnäckigkeit geführt wurde. Dabei zeigte sich, daß der Zeitpunkt der Erhöhung der Beiträge, obwohl er ursprünglich fast in den Vordergrund gehoben worden war, nicht die ausschlaggebendste Rolle spielte. Kein Mitglied war im Beirat, das nicht bereit gewesen wäre, die Beitrags-erhöhung wie beantragt schon ab 1. Oktober zur Durchführung zu bringen. An der Beitragshöhe scheidet sich die Meiste. Und auch diese Scheidung bestand denn auch zwischen der Vorlage der Kommission, die ab 1. November 20, 35, 50, 65 und 90 Pf. Beitrag erheben, und dem Verlangen der Minderheit, die ab 1. Oktober 20, 30, 45, 65 und 80 Pf. zugehen wollte? 5 Pf. Differenz in Klasse 2 und 3 und 10 Pf. in Klasse 5, diesen etwas geringeren Beitrag aber bereits fünf Wochen früher! Von nennenswerten Differenzen kann man also nicht reden und wenn die Mehrheit, mit der die Kommissionsvorlage zuletzt doch angenommen wurde, auch nur knapp ist, die ganze Konstellation zeigte, daß grundsätzliche Meinungsverschiedenheit gegen den Schluß der Verhandlungen kaum noch vorhanden waren und daß das zitiernmäßige Abstimmungsresultat nur eine Folge der im Augenblick der Abstimmung gegebenen Sachlage war. Das wurde auch in einer Erklärung nach der Abstimmung durch einen Vertreter der Minderheit zum Ausdruck gebracht.

Die Entscheidung über die künftige Gestaltung unserer Beiträge und Unterstüßungen ist vom Beirat gefällt worden. Unsere Mitglieder werden sie als das erkennen, was sie sein soll, als ein Mittel, die

Schlagfertigkeit des Verbandes zu heben und den Mitgliedern die Sicherheit größeren Schutzes und größerer Hilfe zu geben.

Mit einer Begrüßung der Erschienenen eröffnete Kollege Hauelsen die Tagung. Von den Beiratsmitgliedern fehlte eines infolge Krankheit, ein weiteres war unabsichtlich und da dessen Ersatzmann aus dem Verbandsausgesehen war, mußte der in Frage kommende Bezirk unvertreten bleiben. Außerdem waren vertreten der Verband der Lithographen durch den Genossen Koniger, der Hilfsarbeiterverband durch den Genossen Horne. Als Tagesordnung war vorgesehen:

1. Situationsbericht.
2. Tarif- und Lohnbewegungen.
3. Beiträge und Unterstüßungen.

In einstündigem Vortrage behandelte zunächst Kollege Hauelsen den 1. Punkt der Tagesordnung. Schon bei der Märzzusammenkunft des Beirates ist darauf verwiesen worden, daß die damals gefassten Beschlüsse keine Dauerwirkung haben konnten. Innen- und außenpolitisch hat die Zwischenzeit eine gewisse Klärung gebracht, so daß jetzt die Zeit gekommen ist, um weitere Schritte zum Aufbau unseres Verbandes zu tun. Die wirtschaftliche Lage ist nach wie vor die denkbar trübste. Seit der Stabilisierung unserer Währung ist der Geschäftsgang ein stetig rückwärtiger gewesen, der sich für unseren Beruf in einer ungeheuren Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit äußerte. In der schlechtesten Zeit waren nur 25 Proz. unserer Mitglieder voll beschäftigt. Weiter erörterte der Referent kurz die Kämpfe um den Achtstundentag. Sehr schmerzhaft es, als wenn die Regierung ihre feierliche Haltung zum Washingtoner Abkommen ändere und dieses Abkommen ebenfalls anerkennen wolle. Damit werde die Bahn zur Wiedergewinnung des Achtstundentages etwas freier gemacht, doch niemand soll erwarten, daß diese Anerkennung der deutschen Arbeiterschaft den Achtstundentag tampllos bringen wird. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen behandelte Hauelsen den starken Mitgliederertrag, den auch unser Verband in den letzten Monaten aufzuweisen hat. Er geht der Ursache der bedauerlichen Erscheinung nach und kommt zu dem Resultat, daß viele Tausende aus unserem Beruf wieder abgemandert sind, die in den vorausgegangenen geschäftstoten Zeit neu in den Beruf eingetreten waren. Ganz offensichtlich sei das gewesen bei der Einstellung des Bantnotenbruchs, die eine Abwanderung von mindestens 7000—8000 Personen gebracht habe (in der Reichsdruckerei allein 4500). Außerdem haben auch die politischen Verhältnisse ihren unheilvollen Einfluß ausgeübt. Die kommunistische Propaganda hat in unserem Verband nicht den Boden gefunden, den sie erwartet hat, wohl aber hat sie bewirkt, daß heute viele Tausende auch unserer Kollegen und Kolleginnen unorganisiert sind. Diese gilt es jetzt wieder zu gewinnen, und es bestehe so auch die beste Aussicht, mit dem Einsetzen eines besseren Geschäftsganges durch planmäßige und durchgreifende Agitation den verlorenen Boden wieder zu erobern. Zu diesem Zwecke ist eine großzügige Agitation in Aussicht genommen, bei der alle nur irgendwie gangbaren Wege beschritten werden sollen. Auch die „Buchbinder-Zeitung“ wird in dieser Zeit in gesteigerter Auflage erscheinen und besondere Agitationsnummern wieder herausgeben. Sehr störend in ganzen Organisationsleben hat sich bemerkbar gemacht, daß unsere Verbandszeitung nicht mehr jedem Mitglied in die Hände kommt. Zurzeit erscheint die Zeitung in einer Auflage von 24.000. Das besagt, daß knapp jedes zweite Mitglied eine Zeitung er-

hält. Dadurch ist zweifellos eine weitere Förderung in die Organisation gebracht worden. Die Verbandsleitung ist bereit, diesen Umstand zu belegen und schlägt darum vor, die „Buchbinder-Zeitung“ ab 1. Januar wieder obligatorisch an alle Mitglieder zu liefern. In Aussicht genommen ist ferner, mit der fortschreitenden Besserung der Verbandskasse auch wieder zur achtfünftigen Ausgabe zu kommen.

In bezug auf den im nächsten Jahre abzuhaltenden Verbandstag wird von der Verbandsleitung empfohlen, diesen erst in der zweiten Hälfte des Jahres zusammenzuberufen. Von März bis Juni werden ununterbrochene Tarifverhandlungen zu führen sein, da in dieser Zeit eine Reihe Mietverträge ablaufen. Das absorbiere die Zeit in hohem Maße und auch die für den Verbandstag notwendigen Verwaltungsarbeiten werden dadurch verzögert. Zudem sei es angebracht, dem Verbandstag ein endgültiges Bild von den bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen unserer Mitglieder zu geben. Auch der Gewerkschaftskongress werde voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Jahres stattfinden. Besondere Aufmerksamkeit empfiehlt Hauelsen auf die ordnungsgemäße Erledigung der Verwaltungsgeschäfte in den einzelnen Jahrestellen zu verwenden mit der wir zurzeit durchaus unzufrieden sein müssen. Eine sehr große Anzahl der Jahrestellen rechnet so spät mit der Verbandskasse ab, daß auch die Arbeiten der letzteren darunter leiden müssen. Dieser Zustand ist um so bedauerlicher, da doch seit der Stabilisierung unserer Beiträge eine bemerkenswerte Erleichterung in der Erledigung der Geschäfte eingetreten ist. Dann streift Hauelsen die Entwicklung des kommunistischen Verbandes in Berlin und der diesem gewordenen Anweisungen aus Moskau, wieder in die alten Verbände einzutreten. Grundsätzlich muß zu letzterem gesagt werden, falls von der anderen Seite entsprechend diesen Anweisungen gehandelt werden sollte, daß jeder aus unserem Verbandsausgetretenen ganz selbstverständlich wieder neu eintreten müsse, wenn er bei uns Mitglied sein wolle. Wer ausgeschlossen sei, bleibe ausgeschlossen, bis der Ausschluß durch eine allgemeine Amnestie aufgehoben werde. Zwei in Stuttgart ausgeschlossene Mitglieder haben gegen ihren Ausschluß Einspruch erhoben, so daß sich der nächste Verbandstag mit diesen beiden Fällen zu beschäftigen habe. Insgesamt sind infolge der kommunistischen Treibereien 16 Mitglieder aus unserem Verbandsausgeschlossen worden. Zum Schluß betont Hauelsen, daß uns nichts abhalten dürfe, mit vollem Ernst und Fleiß an der Reorganisation unseres Verbandes zu arbeiten, damit dieser in der kürzesten Frist wieder die alte Schlagkraft und Aktionsfähigkeit erhalte.

Im Anschluß an das Referat des Kollegen Hauelsen behandelte Kollege Harder in künftigen Ausführungen das Dawes-Gutachten und die aus diesem entspringende Belastung der Arbeiterschaft. Hierzu können wir zunächst auf die in Nr. 28 und 31 der „Buchbinder-Zeitung“ erschienenen Abhandlungen verweisen. Harder stellt fest, daß die Belastung Deutschlands durch das Londoner Abkommen eine außerordentlich hohe sei. Vom 5. Jahre ab müsse Deutschland 2½ Milliarden Goldmark pro Jahr aufbringen. Zu deren Fröstigungmachung werde in erster Linie die arbeitende Bevölkerung herangezogen, denn die Belastung des Verbrauches wird mit 2,2 Milliarden Goldmark berechnet, während die Industrie und damit der Besitz nur mit 300 Goldmarken belastet wird. Nirgends sonst wird, außer diesen 300 Goldmarken, von einem Erlassen des Besitzes geredet. Keine Vermögens-, Erbschafts- oder Luxussteuer wird verlangt. Die Belastung der Eisenbahnen und des Verkehrs wird nur von der breiten Masse des Volkes getragen. Die Verteuerung der Frachten bedingende gewaltige Verteuerung der Lebensmittel, der Kohle usw. Auch die 300 Goldmarken, mit denen die Industrie belastet wird, werden auf

die Arbeiterschaft abgemäht werden können. Dem müsse rechtzeitig entgegengewirkt werden durch die Stärkung der Organisationen der Arbeiterschaft, die fraglos vor harten Kämpfen stehen. Offen kündigen die Unternehmer an, daß sie alles aufbieten werden, um sich vor einer Belastung durch das Londoner Abkommen zu schützen. Abbau der sozialen Gesetzgebung, Abbau der Löhne und Verlängerung der Arbeitszeit ist ihre Parole. Auch das derzeitige Reichsparlament ist in seiner jetzigen Zusammensetzung sehr geneigt, den Besitz zu können und der Arbeit alle Kosten aufzubürden. Der Ausfall der Wahlen vom 4. Mai rächt sich jetzt in fürchterlicher Weise an der Arbeiterschaft. Zu hoffen ist aus der nunmehrigen Regelung der Reparationsfragen auf eine wesentliche Besserung der allgemeinen Geschäftslage und damit auch unseres Berufes. Mit einem kräftigen Appell zur Mitarbeit am Ausbau unseres Verbandes schloß Harder seine interessanten Ausführungen.

Die sich anschließende Aussprache zeigte recht unterschiedliche Auffassungen. Von Eichhorn-München wurde verlangt, daß die Lieferung der „Buchbinder-Zeitung“ schon am 1. Oktober an alle Mitglieder erfolgen solle. Weiter könne der Verbandstag um drei Jahre verschoben und anfallende wichtige Entscheidungen durch Abstimmungen erledigt werden. Wenn man zur geplanten Werbewoche den Mitgliedern eine gute Lohnerböschung bringen würde, dann sei das das beste Agitationsmittel. Im übrigen glaube er durch eine Art Prämienzahlung bei der Werbung neuer Mitglieder die Agitationsfreudigkeit steigern zu können. Eine eventuelle Verständigung, mit dem kommunistischen Verbande könne nur auf Grund der Bestimmungen unseres Statuts erfolgen.

Hildebrand-Berlin äußert sich über die Berliner Verhältnisse. Unserer Zahlstelle sind 6500 bis 7000 Kollegen und Kolleginnen angeschlossen. Unorganisierte sind — in der Hauptsache durch die kommunistischen Machenschaften — gegen 4000 vorhanden, während im kommunistischen Verband im Höchstfalle 1400 bis 1600 zusammengefaßt sind. Zum Vergleich: 3 Verbandsstufen liege kein Grund vor. Bei einer von der anderen Seite eventuell nachgefragten Verständigung sei Vorsicht am Platze, deren prinzipielle Haltung andere sich doch nicht und die freien Gewerkschaften bleiben in deren Augen doch nach wie vor nur Lumpen und Berräter. Darum liege zum Vorkommen mit jenen kein Anlaß vor.

Schuffenhauer-Chemnitz befragt das Obligatorium der „Buchbinder-Zeitung“ ab 1. Oktober.

Müller-Leipzig empfiehlt das gleiche. Das Verlangen nach der „Buchbinder-Zeitung“ sei besonders unter den Arbeiterinnen groß. Er wünscht als weiteren Ausbau: u. a. auch die Wiedereinführung des Feuilletons. Der Gedanke einer Verschiebung des Verbandstages sei völlig abwegig. Er verwahrt sich gegen eine Äußerung Eichhorns, daß die Verbandstage nicht viel anderes darstellen als ein gemittelttes Beisammeln. Die persönliche Verständigung mit Mitgliedern aus anderen Orten gehöre gleichfalls zur Förderung der Agitation. Erfreulicherweise kann er berichten, daß der kommunistische Verband in Leipzig keinen Boden gefunden habe. Zum Londoner Abkommen bemerkt er, daß in bezug auf den Kampf um die Verteilung der Lasten der Arbeiterschaft von den Führern Versprechungen gemacht seien, die hoffentlich eingehalten werden. Das derzeitige Vertrauen der Massen zu den Führern dürfe durch Nichterhalten der Versprechen nicht erschüttert werden.

Mittschke-Dresden kann berichten, daß in der letzten Zeit in Dresden in der Agitation gute Erfolge zu verzeichnen gewesen sind. Auch er empfiehlt zur Förderung der Erfolge neue und zum Teil recht ungewohnte Wege zu gehen. So sollten alle diejenigen, die erst nach dem 1. Januar n. J. in unseren Verband eintreten, aber schon seit 8 Monaten im Beruf tätig sind, beim Bezug von Unterhaltungen doppelte Karenzzeiten durchlaufen müssen.

Hause-Halberstadt verlangt das Obligatorium der „Buchbinder-Zeitung“ ebenfalls ab 1. Oktober. Der Aktionwille ist in der Arbeiterschaft sehr stark. Das werde u. a. bewiesen durch die rasche Ausdehnung des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“. Für letzteres sollte auch in der „Buchbinder-Zeitung“ Propaganda gemacht werden. Aus der Anerkennung des Washingtoner Abkommens verspreche er sich für die Arbeiterschaft keinen Gewinn, da in dessen § 14 so viele Ausnahmen vom Achtstundentag zugelassen seien, daß sich am gegenwärtigen Zustand nichts ändern wird.

Frau Krzymin-Berlin empfiehlt intensivste Agitation. Die Indifferenten glauben, daß sie ihren Tariflohn auch ohne Verband bekommen werden. Der Haltung des kommunistischen Verbandes gegenüber müssen wir vorsichtig sein.

In seinem Schlußwort geht Hause auf die in der Debatte geäußerten Wünsche näher ein. Einleitend erlucht er darum, nicht für alles Gesehene den A.D.B. verantwortlich zu machen. Richtig sei fraglos, daß als Folge der Londoner Abmachungen größte und schwere Kämpfe um die Arbeitsverhältnisse kommen werden. Da sollte man der Arbeiterschaft rücksichtslos sagen, was ist und es wäre besser gewesen, die Arbeiterpresse hätte die Belastung der Arbeiterschaft durch das Dames-Gutachten intensiver dargelegt. Gewiß wird alles verhandelt werden, die Lasten auf die Masse des Volkes abzumwälzen. Dem gegenüber müssen die Organisationen der Arbeiterschaft gefestigt sein. Bekommen wir jetzt einen besseren Geschäftsgang, dann werden auch die Gewerkschaften besser gerüstet sein, ihre Wehrfähigkeit zu zeigen, und damit wird auch der allgemeine Kampf für die Gewerkschaften erleichtert werden. Für die geplante Werbewoche ist die Hilfe jedes Mitgliedes notwendig. Die Erfolge der Agitation sind natürlich mit abhängig von der Geschäftslage im Berufe, aber besondere Prämienzahlung einzuführen, ist nicht zu empfehlen. Es besteht für jedes Mitglied die Pflicht zur Agitation. Mit einer Verschiebung des Verbandstages um drei Jahre kann er sich nicht einverstanden erklären, zumal auch ein irgendwie gearteter Anlaß dazu nicht vorliegt. Die „Buchbinder-Zeitung“ schon ab 1. Oktober obligatorisch herauszugeben, erscheine ihm auch im Hinblick auf die Klassenverhältnisse etwas verfrüht. Dazu komme, daß in Aussicht genommen sei, im Laufe des letzten Vierteljahres besondere Agitationsnummern der Zeitung in erhöhter Auflage herauszubringen.

Die hierauf folgende Abstimmung über das Obligatorium der „Buchbinder-Zeitung“ ergibt den Beschluß, die Zeitung vom 1. Oktober an wieder an alle Mitglieder des Verbandes kostenfrei abzugeben.

(Unsere Gau- und Zahlstellenleitungen müssen uns umgehend mitteilen, wieviele Zeitungen ab Nr. 40 benötigt werden. Postbestellungen sind nicht mehr vorzunehmen.)

Zu Beginn der Nachmittags Sitzung erstattete Kollege Wienke das Referat zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Tarife und Lohnbewegungen“. Er erläuterte die Entwicklung unserer jetzt gültigen Reichstarife seit der letzten Beiratsstagung und hob dabei besonders die Schwierigkeiten hervor, die die Unternehmer unserem Verlangen nach Ausbau der Lohn- und Arbeitsbedingungen entgegensetzten. Unserem Bestreben auf Verbesserung der Verträge stellten die Unternehmer in jedem einzelnen Fall ihr Verlangen auf Abbau aller „unproduktiven Lasten“ gegenüber, wie Ferien- und Feiertagsbezugung, Vergünstigungen auf Grund des § 616 des BGB. usw. Mit einem Ueberblick auf den derzeitigen Stand unserer Verträge und mit einem solchen über die Höhe unserer Löhne in einer Anzahl größerer Städte und der Löhne der maßgebenden anderen Industrien, sowie mit einem Hinweis auf die Organisationszerissenheit unserer Unternehmerverbände schloß er seine von Hause in kurz ergänzten Ausführungen.

In der nun kurzen Aussprache wurde anerkannt, daß der Tarifausfluß am meisten sein Bestes getan habe, um für die Mitglieder herauszuholen, was nur irgend herauszuholen war. Kritisiert wurde der Aktionarier, der sehr stark verbesserungsbedürftig erscheine.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: „Beiträge und Unterhaltungen“ referierte Kollege Bender. In seinem einständigen Referat ging er auf die Entwicklung der Klassenverhältnisse seit der Stabilisierung unserer Beiträge näher ein und begründete anschließend die Vorlage des Verbandsvorstandes, die den Beiratsmitgliedern schon vor der Tagung zugestellt worden war. Besonders lebhaftes Klage führt er über die mangelhafte Beitragszahlung, die nicht den gegebenen Bestimmungen entsprechend erfolge und so zu einem sehr starken Ausfall für die Verbandskasse führe. Diesem Uebelstand müsse mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegengetreten werden. Es dürfe nicht vorkommen, daß in einer Verwaltungsstelle, die in bezug auf Lohnhöhe und Arbeitszeit Gelegenheit zu den günstigsten in unserem Beruf habe, überhaupt keine männlichen Mitglieder in der höchsten Beitragsklasse steuerten. Die Vorlage des Verbandsvorstandes sah fünf Beitragsklassen vor, für die ab 1. Oktober 20 Pf., 35 Pf., 50 Pf., 65 Pf. und 90 Pf. Beitrag erhoben werden sollten. 20 Proz. der Beiträge sollen für die Invalidenunterstützung gelten. Das Eintrittsgeld soll in der 1. Klasse 25 Pf., in der 2. und 3. Klasse 50 Pf. und in der 4. und 5. Klasse 75 Pf. betragen. Die Beiratsklasse soll auf 10 Pf. bestehen bleiben und doppelt Organisierte sollen 40 Pf. zahlen. Ferner war vorgelesen, für die erste November- und für die erste Dezemberwoche je einen doppelten Wochenbeitrag zu erheben. Das Motiv zu allen Vorschlägen war die Stärkung der Verbandskasse, um

allen kommenden Kämpfen gegenüber gerüstet zu sein. Die Tagesätze der Arbeitslosenunterstützung sollten um etwa 50 Proz. erhöht werden und auch die Stufen in der Karenzzeit sollten eine Verbesserung erfahren. Mit der Erhöhung der Beiträge sollte infolge der Art der Berechnung automatisch eine entsprechende Erhöhung der Streit- und Bemerkungenunterstützung, der Umzugs-, Hinterbliebenen- und Invalidenunterstützung in Kraft treten.

Die Aussprache über das Referat und die Vorlage des Verbandsvorstandes war eine sehr ausgiebige. 24 Beiratsmitglieder beteiligten sich daran, desgleichen auch die anwesenden Vertreter der graphischen Verbände. Kauffisch-Frankfurt a. M. erklärte sich mit der Stärkung der Verbandskasse einverstanden, doch wollte er die bisherigen sechs Beitragsklassen beibehalten wissen, da andernfalls die Gefahr der Uebertritte in niedrigere Beitragsklassen noch größer wird als jetzt schon. Er schlägt vor, für diese sechs Klassen an Beitrag zu erheben: 20 Pf., 30 Pf., 40 Pf., 50 Pf., 65 Pf., 85 Pf. Die mit 20 Pf. angelegte Quote für die Invalidenunterstützung erscheine ihm zu hoch, 15 Proz. wären jedenfalls ausreichend. Gegen die Höhe unserer Streitunterstützung sei nichts zu sagen, damit ständen wir an der Spitze. Extrabeträge müsse er jedoch ablehnen. Diese brächten den örtlichen Verwaltungen stets die größten Schwierigkeiten. — Dem Kollegen Imhoff-Berlin waren die geplanten Beitragserhöhungen zurzeit zu hoch, man solle damit noch ein halbes Jahr warten. Am besten sei, man überlasse die ganze Sache dem nächsten Verbandstag. Er würde bereit sein, für die obligatorische Lieferung der „Buchbinder-Zeitung“ ein Entgelt kommen zu zeigen. Extrabeträge müsse auch er ablehnen. Die Referate für die Invalidenunterstützung seien mit 15 Proz. ausreichend dotiert. — Schabaker-Leipzig verweist auf die geringe Verdienstfähigkeit viele unserer Mitglieder, denen eine Beitragserhöhung sehr schwer fallen würde. Die Zeit zur Erhöhung ist noch nicht gekommen. Es sei falsch, zu glauben, daß uns wenige Mitglieder bei hohen Beiträgen mehr nützen als mehr Mitglieder bei niedrigen Beiträgen. Für das Obligatorium der „Buchbinder-Zeitung“ 5 Pf. mehr Beitrag zu erheben, sei wohl angängig, aber auch das erst ab 1. November. Unter allen Umständen sind Extrabeträge abzulehnen. Unsere nächste Aufgabe müsse sein, unsere Mitglieder erst in die richtige Beitragsklasse zu bringen, dann erst könne mit Aussicht auf Erfolg eine weitere Beitragserhöhung Platz greifen. — Kefmann-Krefeld gibt Kenntnis von einer Resolution der Zahlstelle Krefeld, die sich gegen eine Beitragserhöhung ausspricht. Die größten Schwierigkeiten verursachen die Augenblinden, nicht die älteren Mitglieder. Denen gebe die Vorlage des Verbandsvorstandes fast nicht weit genug. Auch er erklärt sich gegen jeden Extrabehrag. — Mittschke-Dresden betont, daß der Verbandsvorstand mit der Beitragserhöhung reichlich spät erscheine. Wer unsere Kampftröste stärken wolle, der müsse für höhere Beiträge eintreten. Eine Verlammlung der Dresdener Funktionäre habe zugestimmt, daß in fünf Klassen 25 Pf., 40 Pf., 60 Pf., 75 Pf. und 1 Pf. Beitrag erhoben werde. Die Dresdener stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß Unterhaltungsbeiträge abzulehnen seien, aber die jetzt einmal bestehenden sollen so ausgebaut werden, wie es die Vorlage des Verbandsvorstandes vorsehe. Wir dürfen uns bei unseren Maßnahmen nicht nur darauf einstellen, Kämpfe anzuheben, sondern auch zu wollen. Diese können, wenn es sein muß, vermieden werden. Es gilt vielmehr, auch gerüstet zu sein im Falle eines uns aufgezwungenen Kampfes. Es gibt immer Mitglieder, die über jede noch so geringe Beitragserhöhung schimpfen und wohl auch davonlaufen. Aber grundsätzlich sei es, zu glauben, daß man mit einem 50-Pf.-Beitrag besser agieren könne als mit einem höheren. — Wienke-Berlin betont, daß es immer Mitglieder geben wird, die mit „Wem“ und „Aber“ gegen eine Beitragserhöhung auftreten. Doch die Gründe sind schon seit Jahrzehnten immer die gleichen. Wir müssen bei unseren Maßnahmen weiter rechnen als nur bis in die nächsten Tage. Eine gutgefüllte Kasse ist der beste Rückhalt für unsere Tarifunterhändler, erhöhte Beiträge haben also den größten Einfluß auf die künftige Gestaltung der Lohnverhältnisse. Gewiß muß jeder für die schlechte Lage der von langer Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit Betroffenen Verständnis haben, doch könne man unmöglich die Finanzoperationen des Verbandes auf diese aufbauen. Die heutige Beiratsstagung trage eine sehr starke Verantwortung, ihre Entscheidung sei bestimmend für unsere zukünftige Arbeit.

Am zweiten Verbandstag wurde die Aussprache über die Vorlage des Verbandsvorstandes fortgesetzt. Reichert-Stuttgart verweist auf die schlechte Beschäftigung unserer Mitglieder auch in Stuttgart. Im mangelhaften Einkommen liegen die Ursachen zur nicht befriedigenden Beitragszahlung. Erst in jüngster Zeit habe die Beschäftigung sich weiter

verschlechtert. Darum sei es jetzt auch nicht möglich, die Beiträge so zu erhöhen, wie es eigentlich notwendig wäre. Der Beitrag der höchsten Klasse solle einschließlich des Lokalbeitrages 1 Mt. nicht übersteigen. — Goppert-Hannover verwahrt sich gegen den mehrfach gemachten Hinweis, daß die Zeitlohnarbeiter ein bequemerer Arbeiter hätten als die Affordarbeiter. Trotz schlechter Geschäftslage in Hannover erkennt die Kollegenschaft doch die Notwendigkeit der Erhöhung unserer Beiträge an. Von Extrabeiträgen sollte man absehen, dafür aber für die 6. Klasse 1 Mt. erheben. — In längeren Ausführungen gehen die beiden Vertreter der Lithographen und Steinrunder und des Hilfsarbeiterverbandes auf die Materie ein und schildern die Entwicklung der Beitragsfrage in ihren Verbänden und die Wirkung einer Beitrags-erhöhung und einer gutgestellten Verbandstasse auf die Unternehmer. Im Hilfsarbeiterverband werden heute schon mit Ausnahme der 6. Klasse die Beiträge erhoben, die die Vorstandsorgane jetzt erst verlangt. Dabei stehen auch dort neue Erhöhungen in Aussicht. Es ist ratsam und tatsächlich richtig, daß gleichartige Verbände sich in ihren Einrichtungen möglichst anpassen, auch in der Beitragshöhe. Unsere Vorstandsvorlage sei darum das niedrigste, was beschlossen werden sollte. — Sperling-Dortmund ist erstaunt über die ablehnende Haltung so vieler Beiratsmitglieder. Ansehts der uns bevorstehenden Kämpfe ist eine Stärkung der Verbandstasse dringend notwendig. Den Unternehmern imponiert nur eine gefüllte Kasse. Falls sei es auch, jetzt Mitglieder werden zu wollen und dann erst mit einer Beitrags-erhöhung kommen zu wollen. Umgekehrt müsse man handeln. Eine gute Beitrags-erhöhung ist die beste Stütze für unsere Tarifunterhändler. Mit Abwanderung in niedrigere Beitragsklassen werden wir immer zu rechnen haben, mag der Beitrag so hoch sein wie er wolle. Er empfiehlt die Vorlage des Verbandsvorstandes, lehnt aber Extrabeiträge gleichfalls ab. — Haase-Halberstadt berichtet aus dem von ihm vertretenen Bezirk, daß die Stimmung recht unterschiedlich sei. Einzelne Orte wollen noch über die Vorlage des Vorstandes hinaus, andere wieder wollen gar nichts bewilligen. Eine Beitrags-erhöhung aber müsse beschlossen werden, trotzdem oder gerade weil unsere berufliche Lage nicht gut sei. Durch die Beitrags-erhöhung müssen wir unseren Kampfwillen zeigen. Er bittet jedoch, sechs Klassen beizubehalten und darum den Vorschlag kauslich anzunehmen. In bezug auf die richtige Beitragszahlung müsse ein leiser Druck durch die Disziplinarmaßnahmen ausgeübt werden. In der Erziehung der Mitglieder liege alles. — Müller-Weipzig betont, daß es nicht auf den guten Willen, sondern auf das Können ankomme, und man müsse sich darum bemühen, auch die Gründe derjenigen zu verstehen, die da ablehnen. Wir sollten auf einen besseren Geschäftsgang warten und darum die Vorlage jetzt ablehnen.

Hauffen weist darauf hin, daß noch bei jeder Beitrags-erhöhung die Meinungen hart aufeinander gepaßt sind. Die Ursache dazu liegt in der Zusammensetzung unseres Verbandes. Zwei Drittel sind Frauen, ein Drittel sind Männer. Die Ueberzahl der Arbeiterinnen drückt auf die Beitragshöhe. Im Durchschnitt des ersten Vierteljahres wurden nur 80 Pf. Beitrag erbracht, der Durchschnitt des zweiten Vierteljahres wird auf 40 Pf. stehen. Die Zugehörigkeit zu vier Mitglieder zu den niedrigeren Beitragsklassen verursacht diese niedrige Durchschnittsleistung. Jeder müsse sich sagen, daß mit solch niedrigen Durchschnittsleistungen der Verband nicht viel unternehmen könne. Unsere Reichstasse stellen uns immer vor die Gefahr großer Kämpfe. Wollen wir die Bühne vorwärts bringen, dann müssen wir unseren Kampffonds stärken. Das ist so logisch, daß das unsere Mitglieder schon verstehen, wenn es ihnen deutlich genug gesagt wird. Und nur um die Verbandstasse schneller zu stärken, werden Extrabeiträge verlangt. Eine starke Verbandstasse ist der beste Schutz für die Mitglieder und auch ein gutes Werbemittel. Bei der Beurteilung der ganzen Sache darf man sich nicht richten nach einzelnen Orten, wo die berufliche Lage besonders schlecht ist. Die Erhöhung der Beiträge muß noch vor dem Einsetzen einer intensiven Werbearbeit durchgeführt werden. Neuzugewonnene Mitglieder würden es nicht gerade angenehm empfinden, wenn sie nach kurzer Mitgliedschaft mit einer Beitrags-erhöhung bedacht würden. Die Zahl unserer Beitragsklassen ist nur den Verhältnissen angepaßt. Es hat sich aber gezeigt, daß eine große Zahl von Beitragsklassen das Abwandern in niedrigere Klassen begünstigt. Deshalb soll die Klassenzahl etwas abgebaut werden. Leichteres Arbeiten würden wir alle haben, wenn wir weniger Beitragsklassen hätten, z. B. eine für Männer und eine für Frauen und eventuell eine weitere für ganz Jugendliche. Von Rücksichten auf die Lokaltasche dürfen wir uns nicht leiten lassen. Der Beitrag würde

dem Verband einen schlechten Dienst erweisen, wenn er eine Beitrags-erhöhung jetzt nicht annehmen würde.

Die Unerklichkeit der Rednerliste zwang den Beitrag bei diesem Stande der Sache zu einer Beschränkung der Redezeit auf 5 Minuten. Zugleich wurde eine Kommission gewählt, die nach dem Abschluß der Aussprache die Vorlage des Vorstandes dem Plenum annehmbar gestalten sollte. In diese Kommission wurden entsandt die Kollegen Hauffen, Hildebrandt, Vender, Mitschke und Müller.

In der Fortsetzung der Debatte traten Quaa-Dresden, Schade-Berlin, Frau Krzmin-Berlin, Heerdegen-Weimar, Pfenning-Hamburg und Harde für die Vorlage des Verbandsvorstandes ein, wobei einzelne von ihnen die Erhöhung von Extrabeiträgen ablehnten, während Schuffenhauer-Chemnitz, Eichhorn-München, Hierold-Annaberg, Boer-Breslau und Imhoff-Berlin gegen die Vorlage ihre Stimme erhoben, von denen einzelne besonders betonten, daß nicht die Beitrags-erhöhung selbst Widerspruch finde, sondern im wesentlichen der Zeitpunkt, an dem sie in Kraft treten solle und auch zum Teil die Höhe der Sätze.

Nach Schluß der Aussprache wurde durch Abstimmung festgestellt, daß für die Folge 5 Beitragsklassen in Geltung bleiben sollen.

Hierauf trat die Kommission zur Spezialberatung zusammen.

Nach Wiedereröffnung der Tagung berichtete Müller-Weipzig im Auftrag der Kommission, daß diese dem Beitrag nunmehr vorschläge, die Vorlage des Verbandsvorstandes anzunehmen, mit Ausnahme der Extrabeiträge, und die so erhöhten Beiträge am 2. November in Kraft zu setzen.

Ueber diesen Vorschlag entspann sich wiederum eine ausgedehnte Debatte, in deren Verlauf einige Beiratsmitglieder beantragten, ab 1. Oktober für die beschlossenen 5 Klassen folgende Beitragsätze zu erheben: Klasse I 20 Pf., Klasse II 30 Pf., Klasse III 45 Pf., Klasse IV 65 Pf. und Klasse V 80 Pf. Zugleich wurde verlangt, die Entscheidung in namentlicher Abstimmung herbeizuführen. Nachdem wiederum neun Redner zur Sache gesprochen, wurde der eben genannte Änderungsantrag mit 16 gegen 14 Stimmen abgelehnt. In der namentlichen Abstimmung über die durch die Kommission abgeänderte Vorstandsvorlage stimmten die Beiratsmitglieder Imhoff, Hildebrandt-Berlin, Schuffenhauer-Chemnitz, Haase-Halberstadt, Heerdegen-Weimar, Müller-Schabader-Weipzig, Hierold-Annaberg, Boer-Breslau, Scharrer-Fürth, Kauslich-Frankfurt a. M., Reichert-Stutthart, Eichhorn-München und Jänke-Weipzig gegen die Beiratsmitglieder Lehmann-Krefeld, Mitschke, Quaa-Dresden, Sperling-Dortmund, Pfenning-Hamburg, Goppert-Hannover, Hauffen, Harde, Cander, Bräuner, Jänemann, Frau Krzmin, Krüger, Frau Lübecke, Michalski, und Schade-Berlin für die Vorlage, die damit mit 16 gegen 14 Stimmen angenommen war. Für die 14 Reinsager erklärte Hildebrandt-Berlin, daß ihre Abstimmung nicht so gedeutet werden sollte, als wenn sie dem Verbands-erhöhte Beiträge verweigern wollten. Zum Teil sei der Zeitpunkt und zum Teil die Höhe der Beiträge der Anlaß zur Ablehnung gewesen.

Durch die Abstimmung ist nunmehr beschlossen worden:

1. Eintrittsgeld:  
Das Eintrittsgeld beträgt vom 2. November 1924 ab in der ersten Beitragsklasse 25 Pfg., in der zweiten und dritten Beitragsklasse 50 Pfg. und in der vierten und fünften Beitragsklasse 75 Pfg. Wiederholt Eintretende, welche wegen Reste gestrichen wurden, haben doppeltes Eintrittsgeld zu zahlen.

2. Beiträge:  
Die Zahl der Beitragsklassen wird auf 5 festgesetzt.

Der wöchentliche Beitrag beträgt vom 2. November 1924 ab

in Beitragsklasse I II III IV V

Beitrag 20 Pf. 35 Pf. 50 Pf. 65 Pf. 90 Pf.  
Von diesen Beitragsätzen gelten 20 Proz. als Beitragsanteil für die Invalidentenunterstützung.

Beitrag in der Lehrlingsklasse 10 Pfg. pro Woche.

Doppelt organisierte Mitglieder zahlen 40 Pfg. pro Woche (Beitragsklasse I = 20 Pfg. und 20 Proz. der 5. Klasse als Invalidentenbeitrag).

Zu diesen Beitragsätzen kommt in allen Klassen noch der am Ort jeweils übliche Lokalzuschlag.

3. Unterstüßungen.  
a) Vom 1. Januar 1925 ab werden für die Arbeitslosenunterstützung die Tagesätze um etwa 50 Proz. erhöht und die Staffeln für die Karenzzeit etwas erweitert.

b) Die Streit- und Gemahregeltenunterstützung beträgt vom 2. November 1924 ab in der Regel je nach der Beitragsklasse und Beitragsleistung

in Beitragsklasse	I II III IV V				
	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.	Mt.
nach 26 Beiträg. tägl.	—,35	—,60	—,80	1,10	1,50
" 52 "	—,40	—,70	1,—	1,30	1,80
" 156 "	—,50	—,85	1,20	1,55	2,15
" 260 "	—,60	1,—	1,40	1,80	2,50
" 520 "	—,70	1,20	1,60	2,10	2,90
für jedes Kind	—,10	—,15	—,20	—,25	—,35

Bei der Berechnung der Streit- und Gemahregeltenunterstützung wird die Woche zu sechs Tagen gerechnet.

c) Die Invalidentenunterstützung beträgt vom 1. November 1924 ab in der ersten Stufe das 100fache, in der zweiten Stufe das 125fache und in der dritten Stufe das 150fache des hierfür jeweils in Betracht kommenden Beitragsanteils (20 Proz. des Beitragsatzes).

d) Für die Umzugs- und Hinterbliebenenunterstützung sind anstatt der zurzeit geltenden Berechnung vom 2. November 1924 ab vom Verbandsvorstand wieder feste Sätze zu nominieren, die sich denjenigen vom Jahre 1914 angleichen.

Die unter 1. 2 und 3b, c und d ausgeführten Änderungen gelten vom 2. November 1924 ab (45. Beitragswoche), während die unter 3a für die Arbeitslosenunterstützung vorgesehene Änderung erst mit dem 1. Januar 1925 in Kraft tritt.

Nach Erledigung einiger weiterer Angelegenheiten wurde die Beiratsagung vom Kollegen Hauffen geschlossen. In seinem Schlusswort betont er, daß die Schwierigkeit der Lage von niemandem verkannt werde und daß Beitrags-erhöhungen von den Mitgliedern nie sehr freudig begrüßt werden. Wichtig aber als alle Bedenken sei das Bewußtsein, daß der Verband gestärkt werden müsse. Alle unsere Mitglieder müßten darum für die reibungslose Durchführung der Beschäfte eintreten. Die Opfer, die die Arbeiterschaft für ihre Organisationen bringt, sind sicherlich die rentabelsten, sie gelten der Sicherung der Existenz.

Damit waren die Arbeiten des Beirats erledigt und die Sitzung wurde am 2. Verhandlungstage gegen 5 Uhr geschlossen.

### Das Bild der klagenden Hände.

(Schluß.)

Die Akkordarbeit mit ihren in der Regel niedrigen Stücklöhnen, die, wie die Erfahrungen gezeigt haben, meist noch gekürzt werden, wenn ein der Durchschnittslohn übersteigender Verdienst in einzelnen Fällen erzielt worden ist, veranlaßt die Arbeiterschaft auch nicht selten zur Befreiung von Schutzvorrichtungen. Das ist natürlich nicht gutzubehalten, ist aber zu verstehen. Im Akkord arbeiten heißt eben in der Regel: hasten, so weit dies nur irgend möglich ist. Deshalb muß es immer wieder gesagt werden: Wer die Unfallgefahren in den Betrieben vermindern will, der muß für die Befreiung des Akkordsystems eintreten, das die Arbeiterschaft dazu treibt, Leben und Gesundheit nicht zu achten, wenn sie einen Verdienst erzielen will, von dem sie leben kann.

Daß ein langer Arbeitstag die Unfallgefahren erhöht, ist schon oft bewiesen worden. Wiederholt schon ist festgestellt worden, daß die Unfallgefahr und die Zahl der Unfälle steigt mit der Länge des Arbeitstages. Die Beibehaltung bzw. Wiedererringung des Achtstundentages ist deshalb auch zur Bekämpfung der Unfallgefahren nötig.

Wohl kann die Arbeiterschaft daneben auf andere Weise zur Bekämpfung der Unfallgefahren beitragen. Einige Fälle sind in diesem Aufsatz erwähnt worden. Die Betriebsräte sollten sich deshalb

den ihnen nach § 66 Nr. 8 und nach § 77 des Betriebsratsgesetzes zugewiesenen Aufgaben mit Ernst und Eifer widmen. Der ausfahrtsreichste Weg aber ist der über die Lohnfrage und über den Arbeitstag. Das sollte die Arbeiterschaft im Auge behalten.

Durch die Presse ist von der Absicht des Präsidenten der Reichsarbeitsverwaltung berichtet worden, durch künstlerische Wandbilder in den Arbeits- und Versammlungsräumen auf die Unfallgefahren hinzuweisen, um diese dadurch einzudämmen. Zu diesem Zwecke ist ein Preisauschreiben veranstaltet worden. Zweifellos können solche Wandbilder eine gute Wirkung erzielen. Jedes Mittel, das Unfallgefahren eindämmen kann, wird der Arbeiterschaft recht sein, denn die Arbeitskraft ist ja ihr einziges Gut, das keine Rente ihr ersetzen kann. Es gibt in der Erwerbsarbeit der Gefahren und Schädigungen so viele, auch solche mit Folgen ähnlicher Art, wie sie durch Unfälle herbeigeführt werden, die aber noch immer nicht als entschädigungspflichtige Berufsschädigungen nach der Unfallgesetzgebung angesehen werden. Dazu zählen vor allen Dingen die Gesundheits-schädigungen durch gewerbliche Gifte, durch Bleiweiß, Quecksilber, Milzbrand usw.

Wer aber von den älteren Gewerkschaftsmitgliedern denkt bei einem wirkungslosen Wandbild zur Bekämpfung von Unfällen im Beruf nicht an das Bild der fliegenden Hände, das am Eröffnungstage der Bauausstellung im Jahre 1913 in Leipzig in dem von den Gewerkschaften errichteten Ausstellungsgelände zu sehen war und das auf behördliches Geheiß entfernt werden mußte? Das Bild zeigte die Photographien der verformten Hände von an Holzbearbeitungsmaschinen verunglückten Arbeitern. Es war vom Holzarbeiterverband in einer Berliner Versammlung solcher Arbeiter aufgenommen worden, die ihre verunglückten Hände emporgehoben hatten, um durch das Bild ihren Kollegen eine Warnung zu geben und eine Mahnung, für die Beseitigung von Unfallgefahren an Holzbearbeitungsmaschinen zu wirken, und die gleiche Mahnung auch an die in Frage kommenden Behörden und an die öffentliche Meinung richten wollten. Das Bild wirkte geradezu ergreifend und es wäre sicher auf das öffentliche Gewissen nicht ohne Eindruck geblieben. Es mußte aber entfernt werden, um den Staat nicht in Gefahr zu bringen. „Das Bild der fliegenden Hände“ würde sicher auch heute seinen Zweck nicht verfehlen, und es wäre angebracht, dieses Bild und Bilder ähnlicher Art für die gedachte Propaganda zu verwenden. Es dürfte aber auch angebracht sein, durch den Hinweis auf das Schicksal des genannten Bildes der Arbeiterschaft ins Gedächtnis zurückzurufen, mit welchen Mitteln den Gewerkschaften in der Vorkriegszeit die Durchführung von Maßnahmen zur Förderung des Arbeiterschutzes erschwert worden ist.

Gertrud Hanna.

**Der 12. Verbandstag der Buchdrucker**

fand in den Tagen vom 1. bis 6. September in dem geliehenen angereichernten Geschäftshaus in Hamburg statt. Dem Verbandstag gingen eine Reihe von Konferenzen der einzelnen Sparten voraus, sowie eine Konferenz des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker. Die Tagesordnung des Verbandes war eine außerordentlich reichhaltige. Sie wies 16 Punkte auf, und dazu lagen nach der gedruckten Vorlage 141 Anträge vor.

Der Geschäftsbericht, der Kassenbericht und der Bericht der „Korrespondent“-Redaktion ließen die Schwierigkeiten, die der Verband der Buchdrucker während der letzten 2 Jahre durchgemacht hatte, vollauf erkennen. Wie alle übrigen gewerkschaftlichen Organisationen ihr Vermögen ganz oder doch zum allergrößten Teil in der Inflationszeit verloren haben, so auch der Buchdruckerverband. In den schwierigsten Zeiten war es die Hilfe der ausländischen Bruderverbände, die den Verband über die schwere Situation hinwegholfen. Der Mitgliederstand ist nach einer kurzen rückfälligen Bewegung wieder im Aufsteigen begriffen. Zurzeit werden rund 70.000 Mitglieder gezählt. Der Vermögensbestand hat sich infolge der Opferwilligkeit der Mitglieder sehr gebessert. Der Verband, der jetzt schon ein eigenes Haus in Berlin besitzt, steht im Begriff, ein neues Verbandshaus, verbunden mit Buchdruckerei, zu erstellen und damit auch den „Korrespondent“ von Leipzig nach Berlin zu verlegen.

Die an den Bericht sich anschließende Aussprache war eine lebhaft regte, aber auch äußerst sachliche. Die Delegierten gaben sich Mühe, nicht nur Kritik zu üben, sondern auch Vorschläge zu geben, wie es anders oder besser hätte gemacht werden können. Man berückichtigte allgemein die außerordentlichen Schwierigkeiten, unter denen die Organisation in den letzten Jahren zu leiden

hatte. Dem Verbandsvorstand und der Redaktion des „Korrespondent“ wurde einmütig das Vertrauen ausgesprochen.

Die uns besonders interessierende Frage des graphischen Industrieverbandes wurde ebenfalls eingehend erörtert und dabei zum Ausdruck gebracht, daß durch die Beschlüsse des letzten Verbandstages in Leipzig und auch durch die Beschlüsse des Verbandes der Buchbinder in Kassel durch Annahme des Frankfurter Antrages der Förderung des Industrieverbandes gebührend nicht gebiert worden wäre. Es sei dadurch verhindert worden, was der Vorstand des Graphischen Bundes gewollt hätte, nämlich zunächst einmal die statutarischen Bestimmungen usw. einheitlich zu gestalten. Nur der Verband der Steindrucker und Lithographen hätte es sich angelegen sein lassen, sich dem Einheitsstatut anzupassen.

Bei der Aussprache tauchte auch der Gedanke auf, daß es vielleicht richtiger wäre, zunächst nur die gelehrten Arbeiter zu einem graphischen Industrieverband zusammenzufassen. Diesem Gedanken wurde von dem Vertreter unseres Verbandes, dem Kollegen Dausen, entgegengetreten. Er wies darauf hin, daß ein graphischer Industrieverband, der außer den gelehrten Arbeitern nicht auch die ungelehrten Arbeiter und Arbeiterinnen umfassen würde, für den Buchbinderverband nicht in Frage kommen könnte.

Nach vorausgegangenem Kommissionsberathung wurde dann eine Entschließung angenommen, die folgendes besagte:

„Trotzdem der Industrieverband in der Urabstimmung abgelehnt worden ist, hält der Verbandstag ein enges Zusammenarbeiten der vier graphischen Verbände im Graphischen Bunde für notwendig, um die Entwicklung zum graphischen Industrieverband zu fördern. Dazu ist die Durchführung folgender Punkte erforderlich:

1. Einführung gleichartiger Satzungen.
2. Vereinheitlichung der Mantelliste.
3. Gleichartige Gestaltung der Vertrags- und Unterhaltungsrichtlinien.
4. Bildung eines graphischen Sekretariats und Anstellung eines Schieds.

Der Verbandstag wird daher beauftragt, im Graphischen Bund im Sinne der Verwirklichung dieser Vorlage zu arbeiten und das Ergebnis einer Gausvorsichterskonferenz zur Beschlußfassung und Weiterleitung an den nächsten Verbandstag zu unterbreiten.“

Zu den organisationsfördernden Tendenzen innerhalb der Gewerkschaften, von denen der Buchdruckerverband ebenfalls nicht verschont geblieben ist, wurde in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, daß der Verbandstag die gewerkschaftszugehörigen Bestrebungen der Kommunisten auf das schärfste verurteilt und es allen Funktionären zur Pflicht macht, derartige Bestrebungen den allergrößten Widerstand entgegenzusetzen.

Mit der Verlagsgesellschaft Deutscher Konsumvereine besetzen seit längerer Zeit Differenzen. Insbesondere handelt es sich um die Frage des Arbeitszeitabkommens. Der Verbandstag beauftragt deshalb den Verbandsvorstand, gegen eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, insbesondere in Betrieben der Arbeiterschaft und solchen, die ihr nahestehen, energische Schritte zu unternehmen.

Den Bildungsbestrebungen, der technischen Entlohnung im Gewerbe sowie der Lehrlingsausbildung wandte der Verbandstag besondere Aufmerksamkeit zu, aus der Erkenntnis heraus, daß die technische Entwicklung große Anforderungen an die Geisteskräfte und daß demzufolge das Fortkommen mit allen technischen Neuerungen eine absolute Notwendigkeit sei, und daß die Heranbildung der Lehrlinge von heute, die die Geisteskräfte von morgen sind, eine unerschöpfliche Notwendigkeit darstelle. In einer Entschließung wurde verlangt, daß die 1920 ausgearbeitete, von den Schülern sowohl als auch von den Arbeitgebern gutgeheißene Lehrlingsordnung endlich Gesetz für alle Beteiligten werden möge.

Bei der Behandlung der zwischen dem Verband der Buchdrucker und dem Verband der Lithographen und Steindrucker entstandenen Differenz über die Bedienung der Offset-Maschine wurde gegen das Verlangen der Steindrucker, die das Vorrecht, die Offset-Maschine zu bedienen, für sich in Anspruch nehmen, energisch Stellung genommen. Schließlich wurde beschloffen, die zwischen beiden Organisationen bestehende Vereinbarung einer Revision zu unterziehen, daß sowohl Buchdrucker wie auch Steindrucker diese Offset-Maschine bedienen können.

Um den Bau des Verbandshauses zu finanzieren, wurde beschloffen, daß drei Quartale hindurch zu dem bestehenden Verbandsbeitrag von 1,20 Mk. pro Woche 20 Pfennig Ertragsbeitrag zu leisten sind. Weiter wurde beschloffen, das Verbandsorgan, den „Korrespondent“, von dem Zeitpunkt an obligatorisch einzuführen, an dem die Uebersiedlung von Leipzig nach Berlin erfolgt.

Die Unterhaltungen wurden neu geregelt und dabei zum Ausdruck gebracht, daß, sofern eine Lohn-erhöhung erfolgen würde, auch eine weitere Beitrags-erhöhung um 10 Proz. erfolgen soll. Die Wiederwahl

der bisherigen Angestellten wurde vollzogen, die Gehalts- und Anstellungsbedingungen der Beamten neu geordnet und als nächster Verbandstagsort Berlin bestimmt.

An den Verbandstag anschließend fand ein internationaler Buchdruckerkongress statt. Die Vertreter zu diesem waren bereits während der Tagung des Verbandstages teilweise erschienen und nahmen an den Verhandlungen teil.

**Berichte.**

Dresden. Am 2. September waren unsere Vertrauensleute, Vertriebsräte und Kassierer versammelt, um Stellung zu nehmen zur bevorstehenden Verbands-tagung. Lange besprach zunächst Tarifangelegenheiten. Auf die Verbands-tagung bezugnehmend, führte er einbringlich aus, daß die finanzielle Lage des Verbandes unbedingt eine wesentliche Aufbesserung erfordere, um für die kommenden Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum gerüstet zu sein. Dann besprach das Verbandsmitglied die Vorlage des Verbandsvorstandes, die er voll und ganz vertrete. Lediglich in der Frage der Ertragsbeiträge habe er eine andere Auffassung. Er hält es für richtiger, die Beiträge über die Vorlage hinaus noch um 5 oder 10 Pf. zu erhöhen. Auch die Eintrittsgelder betrügen als einmalige Ausgabe eine wesentliche Erhöhung. Linaas, das andere Verbandsmitglied, unterstrich diese Ausführungen und besprach noch besonders die Frage des Obligatoriums der „B.Z.“. Branchenkommissionen und Ortsverwaltung haben zu dieser Frage bereits in ähnlichem Sinne Stellung genommen. Es folgte eine sehr lebhafte Debatte, die durchaus von gutem gewerkschaftlichen Geiste zeugte. Obwohl vielfach Bedenken zum Ausdruck kamen, konnte man sich doch der Tatsache nicht verschließen, daß die finanzielle Stärkung des Verbandes eine nicht zu umgehende Notwendigkeit sei. Einige Redner stellten die geplanten Beiträge für die weiblichen Mitglieder für zu hoch. Wiltner sprach im Sinne seiner beiden in der „B.Z.“ erschienenen Artikel. Die Ertragsbeiträge werden von allen Rednern auf Grund früherer Erfahrungen abgelehnt, lieber wolle man eine entsprechende Erhöhung der Beiträge in Kauf nehmen. Wie schon immer in Dresden, wird auch in dieser Versammlung das Unterhaltungsvergehen nahezu einstimmig abgelehnt. Gegen eine Wiedereröffnung der Krankenunterstützung wußte ganz energisch Front gemacht werden. Einige Kollegen vertraten den Standpunkt, für diejenigen Teile der Kollegenschaft, die Wert auf Arbeitslosen resp. Krankenniederlegung legen, einen besonderen Zusatzbeitrag zum ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben. Scheibe führt den Versammlung in temperamentvoller, überzeugender Weise vor Augen, wie die offenen und verdeckten Angriffe des Unternehmertums eine frustrierte Gegenwehr verlangen. Darum müßten alle feindlichen Gesichtspunkte zurückgestellt werden. Wir haben die Verpflichtung, zu überlegen, was die Zeit erfordert, damit uns später die Kollegenschaft keine Vorwürfe machen kann. Es hat in unserem Organisationsleben noch nie eine interessantere und gespanntere Zeit gegeben als jetzt. Wenn wir das verkennen, haben wir den Schabens auf Jahrzehnte zu tragen. Wer kämpfen will, muß auch Opfer bringen. Obwohl auch er Gegner der Unterhaltungsanstaltungen ist, wußte er noch, daß die Ausgaben für Unterhaltungsvergütung kaum 10 Proz. der Einnahmen ausmachen. Eine besondere Illustration zu unserer heutigen Debatte bietet ein größerer Betrieb, der durch unionistische Nachschichten der Organisation verloren ging, wo selbst Mitglieder, die mehr als 10 Jahre ihre Verpflichtungen gegenüber dem Verband erfüllten, ihre Mitgliedsbücher hinwarfen. Die Folge war, daß der Unternehmen nicht daran dachte, seinen tariflichen Verpflichtungen nachzukommen. So sparten diese Kollegen wohl den Verbandsbeitrag, aber schenkten dem Unternehmer durchschnittlich 7,50 Mk. pro Woche. Die unionistischen Quereinzieher aber konnten wohl gegen den Verband kämpfen, doch nicht der Kollegenschaft zu ihrem Recht verhelfen. In dieser höchsten Not fand diese Kollegenschaft nun erst wieder den Weg zum Verband. Jetzt ist der Betrieb wieder bis auf zwei Personen organisiert, und die Kolleginnen zahlen schon jetzt den höchsten zutreffenden Verbandsbeitrag. Wollen auch wir erst durch Schabens groß werden? In diesem Quartal sind bis jetzt schon circa 350 Reueaufnahmen zu verzeichnen. Nachdem Mittsche und Linaas ein kurzes Schlusswort gesprochen, in dem sie es ablehnten, mit gebührendem Roubat nach Berlin zu gehen, ließ Ranke darüber abstimmen, wer in seinem Betrieb und sonst für eine Erhöhung der Beiträge wirken wolle. Nur ein Kollege stimmte dagegen. Unter Verheißungen lagen zwei Anträge des Kollegen Wegmann vor. Einer enthielt einen Protest gegen die Verbote der kommunistischen Presse, der andere wußte eine Verschmelzung der beiden Buchbinderverbände. Beide Anträge kamen nicht zur Beratung, da auch nicht ein Kollege die Unterhaltungsfrage bejahte. Ranke wies dann energisch die wünschenswerte Verichterstattung der kommunistischen Zeitung über die Vorgänge in unserer letzten Versammlung und seine in häßlicher Weise kritische Geschäftsführung zurück. Nicht seine Schuld sei es, wenn die Kollegenschaft es mißbe sei, die Tiraden Wegmanns, der wohl der Verichterstattung ist, anzuhören.